



## Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 29.03.2017, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1	Rahmenplanung Fuchshof - Standortentscheidung zur neuen Grundschule und Vergabe der Planungsleistungen	Vorl.Nr. 054/17
-------	--	-----------------

---

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 1.1

TOP 1.1	Rahmenplanung Fuchshof - Standortentscheidung zur neuen Grundschule und Vergabe der Planungsleistungen - abweichender Empfehlungsbeschluss zur Vorl. Nr. 054/17	Vorl.Nr. 130/17
---------	--	-----------------

---

### Beschluss:

#### 1. Standort Schule

Es wird der Standort West (nordwestlich der Fuchshofstraße)  
als Standort für den Schulneubau vorgesehen.

#### 2. Entwurfsplanung und Kostenberechnung

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, auf Basis des beschlossenen Raumprogramms für die Grundschule eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zu erarbeiten.

#### 3. Verfahren

Dem von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Verfahren für die Vergabe der Planungsleistungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 22 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner  
Stadtrat Kube  
Stadträtin Kreiser  
Stadträtin Liepins  
Stadtrat V. Lutz  
Stadtrat Seybold  
Stadträtin Seyfang  
Stadtrat Weiss  
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM Spec begrüßt die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse, die Besucher und die Verantwortlichen aus der Stadtverwaltung zur heutigen Gemeinderatssitzung. Er stellt fest, dass es keine Fragen zur heutigen Tagesordnung gibt.

OBM Spec teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 6 abgesetzt wird, da das Unternehmen Breuninger ein Schreiben mit der vorübergehenden Rückziehung der Bauvoranfrage übergeben habe. Momentan werde geklärt, ob eine Kompromisslösung möglich sei oder ob es zu einem abschließenden Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage des aktuellen Bestandes kommen werde. Es wird davon ausgegangen, dass die finalen Fragen in den nächsten Wochen geklärt werden können.

OBM Spec ruft TOP 1 Rahmenplanung Fuchshof auf. Diese Standortentscheidung sei wichtig damit man einen Anhaltspunkt hat, um schnell die gesamte Rahmenplanung für die Bebauung am Fuchshof, sowie andere Gestaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen in die Wege leiten zu können. Die Stadtverwaltung hat vier Standortmöglichkeiten vorgeschlagen. In der gemeinsamen Beratung des BSS und des BTU ging als Empfehlung der jetzige Standort hervor. Die Stadtverwaltung hat die Vor- und Nachteile dargelegt und somit liegt nun ein politischer Empfehlungsbeschluss für den Gemeinderat vor. OBM Spec eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Noz merkt an, dass die Vorlage schon ausgiebig im BSS und BTU beraten worden sei. Er betont, dass seine Fraktion bei der Entscheidung Standort West bleibe. Wenn man die Vorlage 130/17 betrachte fällt auf, dass die Verwaltung die Entscheidung des Gemeinderates nicht unterstütze. Weiter führt er aus, dass im Zusammenhang zur Planung der Sporthalle die Parkierungsmöglichkeiten in dem Komplex bedacht werden müssten. Wenn die Sporthalle in die Planung mitaufgenommen werde, müsse man die Vorschläge für die Parkierung auch berücksichtigen. Seine Fraktion sei einstimmig mit der Vorlage 130/17 zur Vorlage 54/17 einverstanden.

Stadtrat Kasdorf sehe die Schulstandortentscheidung als einmalige Chance. Diese Chance werde seiner Meinung nach nicht ergriffen. Seine Fraktion sei zu einer Kompromisslösung bereit gewesen.

Stadtrat von Stackelberg sieht hier ein öffentliches Verwirrspiel. Die Fraktion halte weiterhin am Standort West fest. Die Argumente seien abgewogen worden. Der Berechnung bezüglich der Finanzierung durch ein Baugebiet kann er nicht folgen. Der Standort am Schulcampus sei wichtig, da hier eine neue Infrastruktur geschaffen werden könne. Die fußläufige Nähe, insbesondere zum Stadionbad etc. sei positiv. Man habe jetzt noch Verkehrsplanungsmöglichkeiten. Neben dem Standort West solle die Stadt bezüglich der angrenzenden Flächen tätig werden. Die Positionierung der Schule habe seine Fraktion nicht endgültig überzeugt.

Seinem Vorredner anschließen kann sich Stadtrat Rothacker. Seine Fraktion werde einstimmig zustimmen.

Stadtrat Heer erinnert, dass die Vorschläge der Verwaltung im BSS und BTU nicht angenommen worden seien. Eine erneute Diskussion sei nicht sinnvoll. Er fragt sich was passiere, wenn der private Grundstücksanteil nicht zur Verfügung stehe, wie sei dann die Situation bezüglich der geplanten Erweiterung.

Keine Zustimmung der beiden Vorlagen erfolge von Stadträtin Burkhardt. Die Reihenfolge der Beschlüsse sehe sie falsch. Es müsse zuerst ein verbindlicher Gemeinderatsbeschluss bezüglich wie die Größenordnung von Bebauung, Sportanlagen und Grünflächen aussehen solle, erfolgen. Zudem wolle sie wissen, wieviel Einwohner geplant seien und wie die Verkehrsplanung aussehen solle.

OBM Spec fügt hinzu, dass es üblich sei, Co- Finanzierungsanteile aus der Baugebietsentwicklung einfließen zu lassen.

EBM Seigfried ergänzt, dass ein dringender Schulraumbedarf bestehe. Die Verwaltung habe nach Auftrag des Gemeinderates mehrere Standorte untersucht. In der Debatte sei zudem der Standort Oststadthalle mehrfach aufgegriffen worden. Bis heute fehle ein Standortbeschluss. Dies könne zusätzlich aufgenommen werden. Als Standort sei der heutige Parkplatz hinter der Eislaufhalle vorgesehen.

OBM Spec dankt allen Beteiligten für die hervorragende Arbeit und fragt, ob nach ergänzender Aufnahme des Standortes Oststadthalle eine Abstimmung erfolgen könne.

Der Aufnahme des Sporthallenstandortes könne nicht zugestimmt werden, so Stadtrat Kasdorf. Da eine verkehrliche Anbindung der Halle noch nicht geregelt sei.

Ohne Unterlagen könne über die Aufnahme der Halle nicht abgestimmt werden, so Stadtrat Heer.

Stadtrat Rothacker stellt den Antrag, dass der Hallenstandort mit aufgenommen werde.

Stadtrat Noz könne der Aufnahme zustimmen, allerdings wundere er sich, weshalb die Verwaltung dies nicht in die Vorlage aufgenommen habe.

Stadtrat von Stackelberg könne heute über den Standort abstimmen, da nicht viel Spielraum bestehe. Er wolle eine schnelle Entscheidung zum Hallenstandort.

Stadträtin Steinwand- Hebenstreit bittet um eine Vorlage bezüglich des Hallenstandortes. Sie empfindet das Vorgehen als zu schnell.

Verwundert über das Vorgehen zeigt sich Stadtrat Herrmann. Er bittet um eine schnelle Erstellung einer Vorlage.

Stadtrat Gericke kann sich dem Vorredner anschließen und bittet, dass Zeit für eine Beratung gegeben werde.

Stadtrat Rothacker merkt an, dass lediglich über den Standort beschlossen werde.

EBM Seigfried wundert sich über die Diskussion bezüglich der Standortfrage der Oststadthalle. Man könne diese auch im BSS und BTU erneut beraten.

Eine heutige Abstimmung sei nicht passend, so Stadtrat Heer. Er bitte um eine Vorlage.

Stadtrat Herrmann macht den konkreten Vorschlag, dass eine Vorberatung im BTU am 27.4. und zeitnah eine Entscheidung im Gemeinderat erfolgen solle .

BM Ilk kündigt an, dass eine Vorlage bis 27.4. erstellt werde.

Stadtrat Rothacker und Stadtrat von Stackelberg zeigen sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Im Anschluss lässt OBM Spec über die Beschlussempfehlung des BTU/ BSS abstimmen.

TOP 2

Bildungszentrum West  
- Grundsatzbeschluss  
- Raumprogramm

Vorl.Nr. 018/17

---

Beschluss:

1. Dem Raumprogramm für die Erstellung eines Ersatzneubaus am Bildungszentrum West für eine 5-zügige Realschule und ein 5-zügiges Gymnasium mit Ganztagsbereich, Mensa und Schulhofflächen für alle drei Schulen nach Anlage 1 wird zugestimmt.
2. Dem Raumprogramm der Stadtteil- und Schulbibliothek in dem Ersatzneubau nach Anlage 2 wird in Variante B Stadtteil- und Schulbibliothek in erweiterter Form mit 743 m<sup>2</sup> zugestimmt.
3. Einer 2-teilbaren Sporthalle (Spielfeldmaße 22 x 45 m) für den Schul- und Vereinssport nach Anlage 3 wird zugestimmt.
4. Der Erweiterungsoption für eine vereinseigene Basketballhalle (Spielfeldmaße max. 22 x 45 m) nach Anlage 4 wird zugestimmt.
5. Einem Krafraum mit 200 m<sup>2</sup> Größe nach Anlage 5 wird zugestimmt.
6. Der Lagerfläche im Untergeschoss des Ersatzneubaus mit rd. 1.275 m<sup>2</sup> nach Anlage 6 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner  
Stadtrat Kube  
Stadträtin Kreiser  
Stadträtin Liepins  
Stadtrat V. Lutz  
Stadtrat Seybold  
Stadträtin Seyfang  
Stadtrat Weiss  
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist auf die intensive Vorberaterung in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt. Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt OBM Spec über die Beschlussempfehlung abstimmen.

TOP 3                      Schulentwicklungsplanung - Erweiterungsbauten                      Vorl.Nr. 075/17  
an Schulen  
- Friedensschule  
- Schlösslesfeldschule  
Vergaben

---

**Beschluss:**

Der Vergabe der schlüsselfertigen Erstellung der Erweiterungsbauten in Holzsystembauweise wird zugestimmt.

Folgende Vergaben liegen innerhalb der Zuständigkeit des Gemeinderates:

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + ca. 10 %)
1.1	Schlösslesfeldschule Erweiterungsbau leimfreie Massivholzbauweise	Firma Weizenegger Objektbau GmbH, Ziegelwiesenweg 1 88410 Bad Wurzach	1.660.000,00 EUR
1.2	Friedensschule Erweiterungsbau Holzrahmenbauweise	Firma Weizenegger Objektbau GmbH, Ziegelwiesenweg 1 88410 Bad Wurzach	1.220.000,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:      Stadtrat Daferner  
                            Stadtrat Kube  
                            Stadträtin Kreiser  
                            Stadträtin Liepins  
                            Stadtrat V. Lutz  
                            Stadtrat Seybold  
                            Stadträtin Seyfang  
                            Stadtrat Weiss  
                            Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt OBM Spec über die Vorlage 075/17 abstimmen.

TOP 4

August-Lämmle-Schule, Westfalenstraße 54  
1. Ausschreibungspaket

Vorl.Nr. 069/17

---

**Beschluss:**

Der Vergabe der nachfolgenden Gewerke für die August-Lämmle-Schule, Westfalenstraße 54 in Oßweil wird zugestimmt.

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + ca. 15 %)
1.	Rohbauarbeiten	Albert Amos GmbH & Co. KG Daimlerstraße 1 74336 Brackenheim	2.100.000 EUR
2.	Dachabdichtungsarbeiten	Holl Flachdachbau GmbH & Co. KG Benzstraße 12 74385 Pleidelsheim	175.000 EUR
3.	Wärmeversorgung	Scholz GmbH Steinbeisstraße 12 71691 Freiberg am Neckar	506.000 EUR
4.	Raumlufttechnische Anlagen	Nuhn Gebäudetechnik GmbH Gutenbergstraße 10 70794 Filderstadt	474.000 EUR
5.	Gas-Wasser-Abwasseranlagen	FM-Tech GmbH Alfred-Klinge-Straße 6 73630 Remshalden	290.000 EUR
6.	Gebäudeautomation	GFR-Gesellschaft für Regelungstechnik und Energie- Einsparung mbH Rudolfstädter Straße 41 07745 Jena	189.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner  
Stadtrat Kube  
Stadträtin Kreiser

Stadträtin Liepins  
Stadtrat V. Lutz  
Stadtrat Seybold  
Stadträtin Seyfang  
Stadtrat Weiss  
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt. Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt OBM Spec über die Vorlage 069/17 abstimmen.

TOP 5

Änderung der Parkgebührensatzung

Vorl.Nr. 061/17

---

#### **Beschluss:**

**1. Änderung der Parkgebührensatzung**

Die Parkgebührensatzung der Stadt Ludwigsburg (in der Fassung 04.07.2012) wird entsprechend der als Anlage 1 beigefügten Gebührensatzung geändert.

**2. Verlängerung der Bewirtschaftungszeiten**

Die Bewirtschaftungszeiten in der Innenstadt werden von 18.00 auf 19.00 Uhr (Montag bis Freitag) und von 14.00 auf 16.00 Uhr (Samstag) angehoben.

**3. Es wird ein neuer Kurzzeitparkbereich (Höchstparkdauer 20 Minuten) am Holzmarkt, auf der Südseite Bei der katholischen Kirche und der Lindenstraße eingeführt.**

**4. Erweiterung der Parkbewirtschaftungszone 3**

Nach der Evaluierung der Parkraumbewirtschaftungszone Ost werden folgende Straßen in die Bewirtschaftung mit aufgenommen: Fuchshofstraße ab Geb. Nr. 12 bzw. 15, Isopistraße, Notterstraße, Damaschkestraße, Senefelderstraße, Pater-Kolbe-Straße, Gutenbergstraße, Friedrich-Ebert-Straße ab Gebäude Nr. 78 bzw. 81, Schubartstraße, Hammerstraße, Hindenburgstraße ab Gebäude Nr. 59

***Zusätzliche Aufnahme (Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Vorl. Nr. 114/17): Straße „Am Zuckerberg“.***

**5. Förderung der Elektromobilität**

Fahrzeuge, die unter das Elektromobilitätsgesetz (EmoG) fallen, werden von der Parkgebührenpflicht befreit.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1-5 (ohne „Am Zuckerberg“) wird mit 27 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Anschließend wird über die zusätzliche Aufnahme „Am Zuckerberg“ abgestimmt. Dieser Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner  
Stadtrat Kube  
Stadträtin Kreiser  
Stadträtin Liepins  
Stadträtin Seyfang  
Stadtrat Weiss  
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist auf die abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Prof. Vierling teilt mit, dass der Vorlage nur zugestimmt werde, da bei einer Ablehnung die Parkgebühren auf einem noch niedrigeren Stand blieben.

Stadtrat Dengel teilt mit, dass der Vorlage nicht zugestimmt werde. Weiterhin werde die „Brötchentaste“ gefordert.

Das Parken in den Parkhäusern solle gegenüber dem Parken im Straßenraum günstiger sein, so Stadtrat Braumann. Der Vorlage werde zugestimmt.

Stadtrat Dr. O`Sullivan erinnert, dass dieses Thema bereits diskutiert worden sei. Der Vorlage werde zugestimmt.

Stadtrat Heer teilt mit, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Der Vorlage ebenso zustimmen könne Stadträtin Dziubas. Sie habe allerdings noch immer die Vision von einer Stadt ohne Parksuchverkehr.

Stadtrat Lettrari bedauere, dass die Oststraße nicht eingeschlossen worden sei. Ebenso solle die Neckarstraße gebührenpflichtig werden.

Stadtrat Braumann merkt an, dass er zu Ziffer 4 eine getrennte Abstimmung bezüglich der Aufnahme „ Am Zuckerberg“ wünsche.

Die Stadt brauche eine nachhaltige Mobilität, so OBM Spec. Es sei ein vernünftiger Kompromiss. Im Anschluss lässt OBM Spec getrennt bezüglich der Aufnahme „ Am Zuckerberg“ abstimmen.

TOP 6

Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften  
"Heinkelstraße Nord" Nr. 070/10  
- erneuter Entwurfsbeschluss und erneute  
Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden

Vorl.Nr. 132/17



**Beschlussvorschlag:**

- I. Die im Rahmen der frühzeitigen und der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Heinkelstraße Nord“ Nr. 070/10 wird aufgrund von Änderungen erneut beschlossen. Maßgeblich sind der Bebauungsplanentwurf (Anlage 1), die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3) jeweils vom 16.03.2017.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf und die örtlichen Bauvorschriften gem. § 4a (3) i.V.m. § 3 (2) BauGB erneut öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) i.V.m. § 4 (2) BauGB erneut einzuholen.

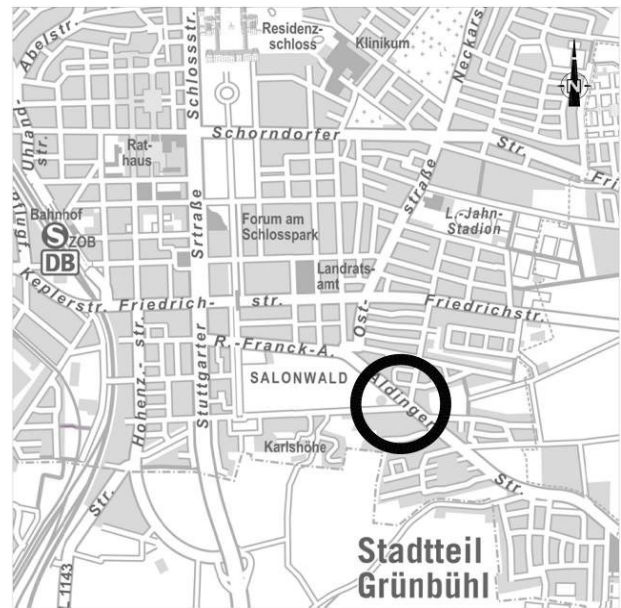


**Beratungsverlauf:**

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird dieser Tagesordnungspunkt von OBM Spec abgesetzt.

## Beschluss:

- IV. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen.
- V. Der Bebauungsplan „Aldinger-Danziger-Kreuzung“ Nr. 047/04 vom 02.03.2017 wird zusammen mit den textlichen Festsetzungen und den örtlichen Bauvorschriften jeweils mit Datum vom 02.03.2017 gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen. Es gilt die Begründung vom 02.03.2017



- VI. Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Aldinger-Danziger-Kreuzung“ Nr. 047/04 ersetzen nach dem Inkrafttreten in ihrem Geltungsbereich die betreffenden bisher geltenden Planungsrechtlichen Regelungen des übergeleiteten Ortsbauplans 13/4, des Bebauungsplans „Salonwald“ Nr. 055/01, sowie des Bebauungsplans „Königinallee S-O“ Nr. 056/01.

## Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 26 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner  
Stadtrat Kube  
Stadträtin Kreiser  
Stadträtin Liepins  
Stadträtin Seyfang  
Stadtrat Weiss  
Stadträtin Wiedmann

## Beratungsverlauf:

OBM Spec gibt das Wort an BM Ilk weiter.

BM Ilk ergänzt, dass bezüglich einer finanziellen Förderung noch keine Entscheidung beim Ministerium getroffen worden sei. Die Stadtbahnlinie könne trotz Einrichtung des Kreisverkehrs gebaut werden.

Stadträtin Burkhardt merkt an, dass sie gegen die Kreisellösung sei. Sie bemängelt die unterschiedlichen Aussagen bezüglich des Kostenfaktors, der Zuschüsse und des Salonwaldes. Die Gegner der Kreisellösung gewichten den Erhalt des Salonwaldes höher als den Kreisel.

Zudem wolle sie auf die Pflanz- und Abholzaktionen im Salonwald hinweisen. Sie zitiert zudem den BUND Experten zum Thema Salonwald. Der Wald solle regelmäßig sauber gehalten werden, da er verschmutzt sei. Man solle künftig den Waldbestand in Ludwigsburg verbessern.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt OBM Spec abstimmen.

TOP 8

Bebauungsplan "Östlich der Steinheimer Straße"  
Nr. 120/23  
- Aufstellungsbeschluss und frühzeitige Beteiligung  
der Öffentlichkeit sowie Behörden und sonstigen  
Träger öffentlicher Belange

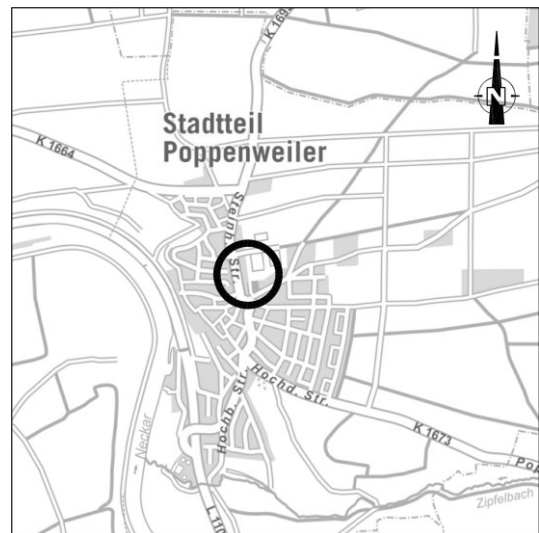
Vorl.Nr. 043/17

---

### Beschluss:

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplans  
**„Östlich der Steinheimer Straße“  
Nr. 120/23** wird beschlossen.  
Maßgebend für den Geltungsbereich ist der  
Lageplan des Fachbereichs Stadtplanung  
und Vermessung vom 31.01.2017.

- II. **Ziel der Planung** ist die Entwicklung von  
Wohnbaugrundstücken und/oder die  
Sicherung einer Fläche für die  
Nahversorgung sowie die Sicherstellung der  
Erschließung des rückwärtigen Bereichs  
nördlich der Lembergschule.



- III. Die Verwaltung wird beauftragt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 25 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner  
Stadtrat Kube  
Stadträtin Kreiser  
Stadträtin Liepins  
Stadträtin Seyfang

Beratungsverlauf:

OBM Spec gibt das Wort an BM Ilk weiter.

BM Ilk teilt mit, dass es seit der letzten Beratung Gespräche mit dem Rechtsanwalt von Herrn Klopfer erfolgt seien. Es sei ein Letter of Intent erstellt worden. Dieser sei beidseitig mehrmals überarbeitet worden. Man brauche ein Bebauungsplanverfahren. Die aktuell vorliegende Fassung sei im Grunde vernünftig und akzeptabel. Man werde weiterhin im Gespräch bleiben.

Stadtrat T. Lutz könne momentan nicht zustimmen. Er wolle zuerst die Einigung mit Familie Klopfer.

Eine baurechtliche Grundlage für dieses Gebiet sei notwendig und solle eingeleitet werden, so Stadtrat Gericke.

Stadtrat Juranek sieht die Einigung als Voraussetzung.

Stadtrat Rothacker sieht die Einigung ebenso als Voraussetzung.

BM Ilk erläutert nochmal den Sachverhalt. Herr Klopfer habe einen Bauantrag gestellt. Dieses Gebäude würde die komplette Entwicklung von Poppenweiler blockieren, da die geplante Straße dann nicht entwickelt werden könne. Die Frist laufe zum 20.04.2017 ab. Man brauche einen Bebauungsplan und ein ordentliches Konzept über das gesamte Areal. Weitgehend sei eine Einigung erzielt worden.

Stadtrat Heer lobt die Verhandlungsbereitschaft, sieht hier dennoch einen Eingriff in die Privatverhältnisse. Er fragt nach, ob hier ein Vorratsbeschluss gefasst werden könne.

Stadtrat T. Lutz wolle nochmal darauf hinweisen, dass der Bebauungsplan nicht abgelehnt werde. Die Zeitschiene sei bekannt gewesen. Die Haltung seiner Fraktion stehe fest.

Stadtrat Gericke merkt an, dass geltendes Baurecht gebraucht werde und erinnert, dass nach Aussage von BM Ilk die Einigung auf einem guten Weg sei. Eine Entscheidung müsse im Sinne des Allgemeinwohles getroffen werden.

Stadtrat Link stellt die Frage, ob bei einer Zurückziehung des Bauantrages der Verhandlungszeitraum verlängert werden könne.

Hierzu teilt BM Ilk mit, dass dennoch über einen Aufstellungsbeschluss beraten werden müsse.

Die Entwicklung müsse im Allgemeininteresse stehen, so OBM Spec. Vorrangig sei das Allgemeininteresse zu berücksichtigen. Die Neuordnung solle vernünftig im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens erfolgen. Während dieses Verfahrens werden Verhandlungen geführt. Bei Nichtbeschluss werde die Planungshoheit des Gemeinderates außer Kraft gesetzt. Wichtig seien auch die Interessen der Bevölkerung an der öffentlichen Infrastruktur.

Herr Kurt (FB Stadtplanung und Vermessung) führt weiter aus, dass das Bebauungsplanverfahren drei Beschlüsse habe. Der Gemeinderat habe jederzeit die Planungshoheit. Er sei sich sicher, dass eine Einigung erfolgen werde. Ohne einen Aufstellungsbeschluss habe die Verwaltung keine Möglichkeit das Baugesuch zurückzustellen.

Nach Rücksprache mit Fam. Klopfer sei man auf einem guten Weg, es seien aber noch Punkte offen, so Stadträtin Moersch. Sie sehe sich als Vertreter der Bürgerschaft und habe ebenso den

Auftrag beidseitig eine Lösung zu finden.

OBM Spec merkt an, dass der Aufstellungsbeschluss nicht das Ende des Verfahrens sei. Die Planungshoheit liege beim Gemeinderat.

Stadtrat Link weist darauf hin, dass eine einvernehmliche Lösung gefunden werden solle.

Stadtrat Heer schlägt vor, dass der Gemeinderat den BTU ermächtige in seiner nächsten Sitzung darüber zu entscheiden.

Stadtrat Herrmann sehe den Vorschlag von Stadtrat Heer für sinnvoll, soweit rechtlich möglich.

BM Ilk und Herr Kurt (FB Stadtplanung und Vermessung) schlagen vor, heute ein Beschluss mit dem Vermerk der ortsüblichen Bekanntmachung erst nach der Unterzeichnung des Letters of Intent zu fassen.

Stadträte Gericke und Dr.O'Sullivan sehen Zweifel darin, ob der Ausschuss einen Aufstellungsbeschluss fassen kann.

Stadträtin Steinwand- Hebenstreit schlägt vor, eine weitere Gemeinderatssitzung vor Ablauf der Frist einzuberufen.

Stadtrat Juranek teilt mit, dass heute ein Beschluss mit dem zusätzlichen Vermerk gefasst werden solle, da juristische Bedenken bezüglich des Verweises in den BTU bestehen.

Während des weiteren Diskussionsverlaufes erfolgt der Vorschlag den Aufstellungsbeschluss mit der Maßgabe zu fassen, diesen erst ortsüblich bekannt zu machen, wenn der Letter of Intent unterzeichnet worden sei, spätestens jedoch am 15.04.17.

OBM Spec lässt über den modifizierten Beschlussvorschlag abstimmen.

TOP 9

Lärmaktionsplan Schienenlärm Ludwigsburg Stufe  
I und II - Beschluss des Lärmaktionsplans Schiene

Vorl.Nr. 102/17

---

### **Beschluss:**

1. Beschluss des Lärmaktionsplans Schiene

Der Lärmaktionsplan Schiene (tabellarischer Musterbericht Stand 06.03.2017) wird beschlossen und bekanntgemacht.

2. Beteiligungsverfahren

Die Abwägung über die Rückmeldungen der Bürgerschaft und der Träger öffentlicher Belange wird zur Kenntnis genommen.

3. Stellungnahme der Stadt Ludwigsburg zum Lärmaktionsplanverfahren des Eisenbahn-Bundesamtes

Der von der DB AG beantwortete Fragenkatalog wird in aktualisierter Form als offizielle Stellungnahme der Stadt Ludwigsburg erneut als vorgezogene Stellungnahme zum Pilot-

Lärmaktionsplan 2018 an das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) gesendet, da er einzelne Fragen offenlässt. In diesem Zusammenhang wird die Forderung aufgestellt, die Durchfahrt lauter Güterzüge zu verbieten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner  
Stadtrat Kube  
Stadträtin Kreiser  
Stadträtin Liepins  
Stadträtin Seyfang  
Stadtrat Weiss  
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt OBM Spec über die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt abstimmen.

TOP 10

Beitritt zur Landesinitiative "Gesund aufwachsen  
und leben in Baden-Württemberg"

Vorl.Nr. 079/17

---

**Beschluss:**

Der Gemeinderat Ludwigsburg beschließt den Beitritt zur Landesinitiative "Gesund aufwachsen und leben in Baden-Württemberg".

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadtrat Daferner  
Stadtrat Dengel  
Stadträtin Dziubas  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube  
Stadträtin Kreiser  
Stadträtin Liepins  
Stadtrat T. Lutz  
Stadträtin Seyfang  
Stadtrat Weiss  
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet OBM Spec die Aussprache.

Stadträtin Dr. Traub referiert über die Landesinitiative und spricht sich positiv für dieses Projekt aus.

In welcher Form für dieses Projekt Personalstellen abgedeckt seien, will Stadtrat Dr. O'Sullivan wissen.

Herr Dahler (FB Sport und Gesundheit) informiert, dass kein erhöhter Personalbedarf notwendig sei.

Stadtrat Eisele sieht in diesem arbeitsreichen Thema einen großen Nutzen für die Bürger.

Stadtrat Lettrari meint, dass es kaum möglich sei, gesund alt zu werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen ergehen, lässt OBM Spec über die Vorlage abstimmen.

TOP 11

Musikalisch-Szenisches Großprojekt im Rahmen  
des Stadtjubiläums 2018 "Stadt werden" und  
Weiterentwicklung Bürgertheater

Vorl.Nr. 081/17

---

### Beschluss:

1. Der Realisierung des Musiktheaterprojekts »Die Jahreszeiten« und dem in Anlage 2 vorgeschlagenen Kosten- und Finanzierungsplan mit einem Sonderzuschussbedarf in Höhe von 140.000 Euro sowie einer Reserve von 25.000 Euro wird zugestimmt.

Der im Haushaltsplan 2017 veranschlagte Zuschussbetrag i.H.v. 50.000 Euro wird freigegeben. Im Haushalt 2018 wird ein Betrag i.H.v. 90.000 Euro sowie 25.000 Euro (Reserve) bereitgestellt

2. Der in der Anlage 4 beschriebenen Weiterentwicklung des Bürgertheaters Ludwigsburg in **zweijährigem Turnus** wird **auf Basis einer jährlichen Sockelfinanzierung in Höhe von 40.565.-- Euro** im Grundsatz zugestimmt. Das Bürgertheater erhält außerdem den Auftrag, seine Entwicklung im Gesamtkontext der Sparte der szenischen Partizipationsprojekte bzw. künftiger musikalisch-szenischer Großprojekte in Ludwigsburg voranzutreiben und darüber zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadtrat Daferner

Stadtrat Dengel  
Stadträtin Henning  
Stadtrat Kasdorf  
Stadtrat Kube  
Stadträtin Liepins  
Stadträtin Seyfang  
Stadtrat Weiss  
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist auf die abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt OBM Spec über die abweichende Beschlussempfehlung abstimmen.

TOP 12

Einrichtung eines Fachbereichs Feuerwehr und  
Bevölkerungsschutz

Vorl.Nr. 062/17

---

**Beschluss:**

1. Im Dezernat II wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein neuer Fachbereich mit der Bezeichnung Feuerwehr und Bevölkerungsschutz eingerichtet. Der Fachbereich erhält die Ordnungsziffer 37.
2. Im Vorgriff auf den Stellenplan 2018 wird für den Fachbereich Feuerwehr die freie Stelle des Abteilungsleiters der hauptamtlichen Abteilung Feuerwehr für die Fachbereichsleiterstelle Feuerwehr verwandt, in die Besoldungsgruppe A 14 angehoben, zur Besetzung freigegeben und ausgeschrieben.
3. Die Aufgabe Bevölkerungsschutz wird dem FB 37 zugeordnet.
4. Im Fachbereich Feuerwehr wird ein Organisationsentwicklungsprozess zur zielorientierten Neuausrichtung initiiert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadtrat Daferner  
Stadtrat Kube  
Stadträtin Liepins  
Stadtrat Seybold  
Stadträtin Seyfang  
Stadtrat Weiss  
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried teilt als ergänzenden Hinweis mit, dass der Feuerwehrausschuss einstimmig dem



Verwaltungsvorschlag zugestimmt habe.

Nachdem kein weiterer Sachvortrag gewünscht und auf Aussprache verzichtet wird, stellt OBM Spec die einstimmigen Beschlussempfehlungen des BSS und des WKV zur Abstimmung.

TOP 13

Änderung der Hauptsatzung

Vorl.Nr. 088/17

---

### Beschluss:

1. Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung wird die Hauptsatzung geändert. Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage aufgeführten Änderungsvorschlägen für die Hauptsatzung zum nächstmöglichen Termin zu. § 9 Absatz 1 Ziffer 13 sowie Ziffer 15 und korrespondierend §15 Absatz 3 Ziffer 4.19 sowie 4.20 bleiben in ihrer bisherigen Fassung bestehen. Ausgenommen sind die §§ 10 Absatz 1 und 10, 11 Absatz 1 und 16, 12 Absatz 1 und 18. (**abgelehnt, da erforderliche Stimmenmehrheit nicht erreicht**).
2. WKV, BSS und BTU sind zuständig für Personal- und Rechtsangelegenheiten sowie Versicherungswesen ihres jeweiligen Dezernats und ihrer Fachbereiche. Das Referat Nachhaltige Stadtentwicklung sowie die Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Gremien sind dem WKV zugeordnet (§ 10 Abs.1 und 10, § 11 Abs. 1 und 16, § 12 Abs. 1 und 18).
3. Die Stadtverwaltung informiert den Gemeinderat regelmäßig über all jene Fälle, die über die bisher gültigen Wertgrenzen hinausgehen. Das betrifft die Änderungen der Wertgrenzen in den Paragraphen 9 und 15.
4. Die Arbeitsgruppe kommt nach einem Jahr zusammen, also im Februar 2018, um die geänderten Regelungen zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 19 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst. Aufgrund der erforderlichen Stimmenmehrheit aller Mitglieder des Gemeinderats gemäß §4 Abs. 2 GemO ist diese Ziffer abgelehnt.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 25 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 3 wird mit 26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 4 wird mit 29 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt  
Stadtrat Daferner  
Stadtrat Kube  
Stadträtin Liepins

Stadträtin Seyfang  
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit  
Stadtrat Weiss  
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM Spec eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Herrmann teilt mit, dass eine Arbeitsgruppe mehrfach getagt habe. Unter Bedenken werde der Aufgabenübertragung in einigen Punkten vom Gemeinderat beziehungsweise von den Ausschüssen auf die Verwaltung zugestimmt. Deshalb halte er die Einhaltung der Ziffer 4 als wichtig. Sollte sich zeigen, dass Punkte wieder zurückgenommen werden sollen, kündigt er heute ausdrücklich an, dass dies dann auch erfolgen werde. Man wolle Aufgaben auf die Verwaltung übertragen, um die Arbeit des Gemeinderates und Sitzungen zu straffen. Zu Ziffer 2 merkt er an, dass das bisherige System belassen werden solle. Er wolle darauf hinweisen, dass der BTU mit den Personalentscheidungen weitere Aufgaben erhalte.

Stadtrat Prof. Vierling sieht Ziffer 2 wie in der Vorlage als richtig und seine Fraktion könne hier zustimmen. Keine Zustimmung erfolge zu Ziffer 1, da das Kräfteverhältnis zwischen Gemeinderat und OBM verschoben werde. Die Grüne- Fraktion warne davor die Zuständigkeiten und Rechte des Gemeinderates aus der Hand zu geben. Seine Fraktion sei nicht für die Verdoppelung der Beträge gewesen. Er beantrage getrennte Abstimmung zu Ziffer 1. Einer Bildung des Jugendgemeinderates werde ausdrücklich zugestimmt.

OBM Spec merkt an, dass er diese Diskussion als bedauerlich empfinde. Eine Vereinfachung der Arbeitsabläufe solle nicht als Macht für den OBM dargestellt werden. Die Änderung der Hauptsatzung sei niemals ein persönliches Interesse des OBM gewesen.

Die Arbeitsgruppen haben sich in Details eingearbeitet, so Dr. O`Sullivan. Man solle sich nicht an einzelnen Wertgrenzen festhalten. Themen, die keine politischen Entscheidungen benötigen, sollen künftig stärker bei der Verwaltung verankert werden.

Den Angriff von Prof. Vierling könne sie nicht nachvollziehen, merkt Stadträtin Moersch an. Die Bedenken habe ihre Fraktion in die Arbeitsgruppe eingebracht. Die Aufgabenübertragung in der jetzigen Neuordnung der Hauptsatzung könne sie nicht nachvollziehen. Eine Inflationsanpassung solle vorgenommen werden. Die Verschiebung der Wertgrenzen sehe sie kritisch. Der Gemeinderat habe in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet. Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung und einem generationengerechten Haushalts sollen die Entscheidungen beim Gemeinderat belassen werden. Der Änderung zu Ziffer 1,3 und 4 könne nicht zugestimmt werden. Ziffer 2 werde ihre Zustimmung erhalten.

Stadtrat Eisele wünscht sich eine heutige Entscheidung. Er verstehe die Diskussion nicht. Natürlich gehe es um eine Kompetenzerweiterung aber vorrangig gehe es um eine Entlastung der Verwaltung und um eine bessere Sitzungsökonomie. Nach einem Jahr könne erneut beraten werden.

Ergänzend merkt Stadtrat Herrmann an, dass die Wertgrenzen bei Vergaben angehoben werden können, da hier der Verwaltungsaufwand verringert werden könne und eine Beratung nicht erfolgen müsse. Nach einem Jahr könne gegebenenfalls nochmals nachjustiert werden.

Punkte 1 und 3 könne zusammen abgestimmt werden. Ansonsten getrennte Abstimmung, so Prof. Vierling.

OBM Spec lässt jede Ziffer einzeln abstimmen.

**Beschluss:**

Gemäß den Richtlinien für die Bildung von Stadtteilausschüssen vom 18.12.1997 wird auf Vorschlag der SPD-Fraktion vom 02.03.2017

Herr Luca Landenhammer, Eglosheimer Str. 36, 71636 Ludwigsburg,

als Mitglied in den Stadtteilausschuss Pflugfelden berufen. Das bisherige Mitglied Herr Thomas Gehring scheidet aus privaten Gründen aus.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     Stadträtin Burkhardt  
                          Stadtrat Daferner  
                          Stadtrat Kube  
                          Stadträtin Liepins  
                          Stadträtin Seyfang  
                          Stadtrat Weiss  
                          Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt OBM Spec über die Vorlage 117/17 abstimmen.